

Stand: 23.02.2026 05:03:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26629

"Haushaltsplan 2023; hier: Hochschule für den öffentlichen Dienst, Fachbereich Polizei: Aktion grüner Daumen (Kap. 06 14 Tit. 519 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26629 vom 03.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27951 des HA vom 13.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 142 vom 30.03.2023 (EPL 6)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler, Michael Hofmann, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Holger Dremel, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2023;

hier: Hochschule für den öffentlichen Dienst, Fachbereich Polizei:

**Aktion grüner Daumen
(Kap. 06 14 Tit. 519 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 06 14 wird der Ansatz im Tit. 519 01 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) von 2.085,0 Tsd. Euro um 80,0 Tsd. Euro auf 2.165,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Der Sportplatz des Fachbereichs Polizei in Fürstenfeldbruck wird in einem großen Bereich von einer Wiese bedeckt, die bisher keiner besonderen Nutzung zugeführt wurde. Hier soll eine Streuobstwiese entstehen. Das anfallende Obst kann beispielsweise durch den eigenen Verpflegungsbetrieb genutzt werden. Das würde Hand in Hand gehen mit dem Ministerratsbeschluss der Staatsregierung in allen staatlichen Kantinen bis zum Jahr 2025 mind. 50 Prozent regionale oder ökologische Lebensmittel zu verwenden. Die notwendige langfristige Baumpflege könnte durch eine örtliche Interessensgemeinschaft erfolgen, die auch Interesse an Projekten mit regionalen Kindertagesstätten hätte.

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27951 des HA vom 13.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Harald Güller

Abg. Albert Duin

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Wolfgang Fackler

Staatsminister Albert Füracker

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26627 mit 18/26630)

Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 18/27980)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26618 mit 18/26620)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26621 mit 18/26626)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Drs. 18/26617)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Guten Morgen Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Staatsminister Albert Füracker! Wir beraten den Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat. Ich freue mich, dass auch junge Leute heute unserer Debatte gleich in Herrgottsfrühe zuhören. Sie sind besser vertreten als die Kolleginnen und Kollegen hier unten im Plenarsaal. Machen Sie sich aber keine Sorgen, die arbeiten trotzdem, auch wenn sie ihre Plätze gerade nicht besetzt haben. Man könnte nämlich auf diesen Gedanken kommen.

Manche sind oberflächlich und bewerten die Wichtigkeit eines Ministeriums danach, wie viel Geld man hineinsteckt. Wer diesen Fehler macht, hat tatsächlich von Politik keine Ahnung. Wenn es einen wirklich wichtigen Einzelplan gibt, wenn es wirklich ein

wichtiges Ministerium gibt, dann ist es das Ministerium der Finanzen und für Heimat. In diesem Ministerium stecken 3,1 Milliarden Euro. Warum ist es besonders wichtig? – Weil der Finanzminister gerade auch in besonders schwierigen Zeiten die schwere Aufgabe hat, den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett zu erklären, was finanziell machbar ist und was nicht. Gleichzeitig hat er gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu erklären, dass wir die beabsichtigten Ausgaben im Bewusstsein der Tätigkeit und Arbeit der Unternehmerinnen und Unternehmer und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten. Er hat die Aufgabe, mit den Steuergeldern verantwortungsbewusst umzugehen.

Schließlich ist dieses Ministerium auch deshalb wichtig, weil die ganze Finanzverwaltung an diesem Ministerium hängt. Würde unsere Finanzverwaltung nicht funktionieren, dann hätten wir als Staat insgesamt ein massives Problem. Daher kann man festhalten, dass wir dieses Ministerium und diesen Einzelplan gar nicht überschätzen können. Das Ministerium hat wirklich eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den einzelnen Behörden und vor allem in den Finanzämtern bedanken. Diese habe es gerade nicht leicht, vor allem was das Thema Grundsteuererklärung betrifft. Die Mitarbeiter dort haben ohnehin keinen einfachen Job, da sie den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erklären müssen, warum ein Steuerbescheid so oder so zustande kommt. Ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Finanzämtern. Wir wissen, was wir an ihnen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Albert Füracker)

Lieber Albert Füracker, wir wissen auch, was wir an unserem Finanzminister haben. In wirtschaftlich einfachen Zeiten, in denen die Einnahmen sprudeln, die Zinsen billig sind, die Steuerzahler gut unterwegs sind und die Inflation niedrig ist, ist es leicht, einen Gesamtplan zu verantworten. Das alles haben wir zurzeit nicht. Wir haben wirt-

schaftlich schwierige Zeiten, wir haben den Ukraine-Krieg, den das Putin-Regime in Russland angestoßen hat, wir haben eine hohe Inflation, wir haben steigende Energieausgaben, und wir haben steigende Baukosten. Das alles führt dazu, dass es immer schwieriger wird zu prognostizieren, mit welchen Einnahmen der Staat rechnen kann. Vor diesem Hintergrund ist es eine herausragende Leistung, es geschafft zu haben, nach einer Ausnahmesituation in alter Tradition unseres Finanzwirtschaftens einen Einzelplan ohne Nettoneuverschuldung aufgestellt zu haben. Lieber Albert, dafür gebührt dir ein ganz besonderer Dank. Das ist eine herausragende Leistung in schwierigen Zeiten. Danke schön dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es liegen auch insoweit schwierige Voraussetzungen vor, weil wir gleichzeitig mit Begehrlichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Staates zu tun haben. Hierzu wird der Kollege Wolfgang Fackler noch einiges sagen. Ich möchte nur einen Punkt ansprechen: Wir haben mit viel Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit beschlossen, dass Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen in der Besoldungsgruppe A 13 einsteigen sollen. Dies kann man mit guten Argumenten und mit Fug und Recht vor den Lehrkräften an Grund- und Mittelschulen begründen. Es wäre aber falsch zu sagen, das wäre eine abgeschlossene Entscheidung und wir hätten damit weiter keine Schwierigkeiten. Derartige Entscheidungen wecken natürlich Begehrlichkeiten in anderen Bereichen. Wir hören natürlich auch – ich möchte das an der Stelle ganz klar sagen, weil es zu diesem Einzelplan gehört – die Rufe aus der Finanzverwaltung, die in diesem Zusammenhang darauf hinweist: Wenn ihr in dem Bereich auf A 13 geht, haben auch wir Wünsche. Deshalb möchte ich klar betonen: Niemand gibt verschwenderisch Steuergelder aus. Gleichzeitig wollen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut bezahlen.

(Kopfschütteln des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ich weiß, in Berlin ist das anders, Kollege Güller. Deshalb war das Kopfschütteln zu Recht. Das ist in Ordnung. – Aber wir geben unser Geld nicht verschwenderisch aus. Vor diesem Hintergrund besteht ein Spannungsverhältnis: Einerseits müssen wir den Bürgern erklären, dass wir die Steuergelder vernünftig ausgeben, und andererseits wollen wir eine Vorlage liefern, damit unsere Verwaltung gerade in Zeiten von Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel weiterhin attraktiv bleibt, damit der Freistaat ein attraktiver Arbeitgeber ist. Dieses Spannungsverhältnis wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten.

Wofür ist dieses Finanzministerium noch zuständig? – Ich möchte hierzu ein Beispiel für eine Situation anführen, die in den einzelnen Stimmkreisen ähnlich sein dürfte: Wir stecken noch einmal 200 Millionen Euro in die Breitband- und Gigabitförderung. Vor Kurzem konnten wir bei mir im Stimmkreis – Landkreis Forchheim, Gemeinde Unterleinleiter, Stadt Ebermannstadt, etwa 10.000 Einwohner – den Glasfaserausbau mit 6,4 Millionen Euro fördern. Dies entspricht einem Fördersatz von 80 bis 90 %. Das kann sich sehen lassen. Was steht darüber letzten Endes in der Presse? – Es ist nur einen kleinen Einspalter wert, dass der Freistaat das Ganze fördert. Mehr ist davon nicht zu lesen. Der Aufschrei, wenn wir das nicht machen würden, wäre riesengroß. Aber ab dem Zeitpunkt, ab dem wir uns der Probleme annehmen, wird das alles wie selbstverständlich hingenommen. Auch das kennt der Finanzminister aus seiner Tätigkeit. Läuft es gut, bekommt man vielleicht ein Schulterklopfen. Läuft es schlecht, stehen schon die Ersten, die sich aufregen, an der Tür und klingeln. Wir wissen also, was mit diesem Einzelplan zu tun und zu erledigen ist.

Schließlich möchte ich noch auf die Finanzverwaltung hinweisen: Wir werden auch weiterhin in die IT-Ausstattung investieren und haben dafür noch einmal 284 Millionen Euro bereitgestellt. Wir müssen nämlich Schritt halten mit den modernen Kommunikationsformen – auch gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Schließlich komme ich zum Thema Heimatstrategie. Das ist ein Schwerpunkt dieses Einzelplans. Wir werden im Zuge der Behördenverlagerung in Windischeschenbach,

in Waldsassen, in Dinkelsbühl und in Weiden tätig werden. Wir stärken das Land in der gesamten Fläche. Wir wissen, dass der Freistaat Bayern von der Vielfalt seiner Regionen lebt. Wir wissen, dass uns diese Regionen stark machen und wir überall ein attraktives Bayern haben wollen. Mit der Heimatstrategie unterstreichen wir noch einmal das klare Bekenntnis zum ländlichen Raum. Wir beschreiten hier mit Sicherheit andere Wege als viele andere Bundesländer. Wir können stolz darauf sein. Wir wissen, wo die Stärken Bayerns sind. Wir wissen unsere ländlichen Regionen zu schätzen.

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche dem Finanzminister, dass er den verdienten Erfolg insoweit einstreichen kann, als heute ausnahmsweise mal das gesamte Haus diesem Einzelplan zustimmt; denn die Argumente, die wir im Haushaltsausschuss gehört haben, haben mich nicht davon überzeugt, diesem Einzelplan nicht zustimmen zu können.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, geben Sie sich einen Ruck, machen Sie mal was Vernünftiges und stimmen Sie zu. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Tim Pargent für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute, am Schlusstag der Haushaltsberatung, starten wir ja traditionell mit dem Finanzressort, und wir werden diesen Bereich jetzt wahrscheinlich fraktionsübergreifend loben, zwar nicht deswegen, weil er direkt finanziell, sondern weil er personell das Rückgrat des Haushalts abbildet. Die Finanzverwaltung sorgt gemeinsam mit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für die Steuereinnahmen des Landes und damit auch für das Geld, das wir jetzt hier zwei Tage fröhlich verteilt bzw. über dessen Verteilung wir gestritten haben. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Finanz-

beamtinnen und Finanzbeamten, genauso wie an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir verteilen das Geld, das überall gerne gesehen wird, beim Spatenstich hier, beim neuen Förderprogramm dort. Gerne wird von den Regierungsfractionen auch schon mal ein Scheck verteilt, bevor der Haushalt überhaupt beraten wird. Da sind die Steuermittel immer gerne gesehen. Wenn die CSU mal wieder nach dem Bund ruft, dann in aller Regel auch nach Steuermitteln.

Aber machen wir uns mal ehrlich. Wenn sich das Finanzamt meldet, stellen sich einerseits vermutlich andere Gefühle ein als die, die wir jetzt zwei Tage lang hatten. Wenn die Betriebsprüfung mal kommt – rein statistisch kommt sie ja insbesondere bei kleinen Firmen nur sehr selten,

(Alexander König (CSU): Alle 30 Jahre!)

aber wenn sie mal kommt –, stellen sich die oben benannten Glücksgefühle sicher nicht ein. Andererseits habe ich die letzten beiden Tage weitaus mehr Forderungen nach Mehrausgaben als nach Einsparungen gehört. Ja, Steuern zu erheben macht üblicherweise weniger Freude, als Steuermittel auszugeben. Vielleicht muss das Steuerwesen mit dieser Antithese, diesem Gegensatz, von Natur aus leben.

Vielleicht liegt es aber auch an uns, nicht nur einmal im Jahr, hier am Donnerstagmorgen, und vielleicht noch bei den Finanzbeamt*innen auf der Dienststelle die Finanzverwaltung zu loben. Wie wäre es, wenn wir der Steuerverwaltung 365 Tage im Jahr den Rücken stärken, mit ausreichend Personal, mit ausreichend Technik und auch mit einer guten Politik?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Denn es liegt an uns, auch in diesem Etat, ob die Finanzverwaltung personell und technisch vernünftig ausgestattet ist. Da kann ich Ihnen jetzt die harten Zahlen zur Personalausstattung auch in diesem Jahr leider nicht ersparen.

Die Fallzahlen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen: Von 2012 bis 2020, in acht Jahren, sind die Einkommensteuerfälle um 15 % und die Gewerbesteuerfälle um 30 % gestiegen. An sich ist das sehr erfreulich. Gleichzeitig sinken leider die Erledigungsquoten bei den Feststellungen oder der Gewerbesteuer jeweils von 97 auf 87 %.

Das ist kein Wunder; denn bei der entscheidenden Zahl sieht Bayern im Ländervergleich nicht gut aus. Bei der entscheidenden Zahl, dem Verhältnis von Personalstärke zu Steuerfällen – wie viel Personal haben wir, und wie viele Steuerfälle haben wir in unserem Land –, steht Bayern im Ländervergleich 2020 auf Platz 15 von 16 der Länder.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich muss sagen: Das ist der vorletzte Platz. Das ist in der Bundesliga ein Abstiegsplatz. Das ist alarmierend und Bayerns eigentlich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können froh sein, dass unsere fleißigen Beamtinnen und Beamten das Größte rausreißen. Aber politisch ist das ein Alarmsignal. Wir GRÜNE werden das nicht weiter hinnehmen.

Es ist richtig, dass wenigstens in den letzten Jahren das Personal etwas aufgestockt wurde; insbesondere in der Ausbildung wurde einige Jahre viel getan. Das reicht aber nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Weil unsere gut ausgebildeten Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten bei den Kommunen und auch in der freien Wirtschaft weiterhin sehr begehrt sind, müssen wir dringend unsere Ausbildungskapazitäten hoch halten. Wir brauchen genug Stellen für Anwärtinnen und Anwärter.

Dass sich eine höhere Prüfungsquote auch auszahlt, merkt man bei den Prüfungen von hohen Einkommen, von sogenannten Einkommensmillionären. Eigentlich ist es nur eine halbe Million, wegen der Umstellung von D-Mark auf Euro. 2012 wurden da noch 25 % der Fälle in einem Jahr geprüft. Die Prüfungsquote 2021, bis heute jährlich sinkend, liegt nur noch bei 10 bis 11 % dieser Einkommensmillionäre, die in einem Jahr geprüft werden.

Was ist das Ergebnis? – Die Mehrergebnisse, die durch diese Prüfungen entstehen, sinken auch kontinuierlich. Klar, es gibt Einzelfälle, Ausreißer in die eine oder andere Richtung, aber die Tendenz ist eindeutig, und damit bin ich bei der Steuergerechtigkeit.

Es ist nämlich nicht nur eine Einnahmenfrage, über die wir hier reden, sondern auch eine Frage der Gerechtigkeit. Denn Otto-Normal-Steuerpflichtige haben diese Gestaltungsmöglichkeiten nicht, wie sie große Einkommen oder wie sie vielleicht auch internationale und mobile Firmen haben. Die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben ja oftmals nicht mal eine Steuererklärung ab. Bei der Steuergerechtigkeit, muss ich sagen, ist es in der Bayerischen Staatsregierung und auch bei Ihnen, Herr Finanzminister Füracker, die letzten Jahre relativ ruhig gewesen.

Während die Prüfquoten in Bayern sinken – ich habe es ausgeführt –, habe ich in Ihrer Amtszeit keinen substanziellen Vorschlag für mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land gehört; und das, während andere Länder vorangehen. NRW hat nun die Einrichtung eines eigenen Landesfinanzkriminalamts beschlossen. Im Bund ist ja Ähnliches geplant. Baden-Württemberg hat vor zwei Jahren ein Online-Hinweisportal geschaffen. Andere Länder wollen folgen.

Was kommt von der CSU-Staatsregierung? – Häme über einen angeblichen Steuerpranger! Aus heutiger Sicht ist das reine Stimmungsmache und völlig unberechtigt. Sie streuen Zweifel bei der OECD-Mindeststeuer, Sie blockierten bei der Bonpflicht, und jetzt gibt es wieder die Blockade bei der Bargeldobergrenze. Sie sagen kein Wort

zu den unlauteren Gewerbesteueroasen, die wir auch in Bayern beobachten. Es gibt keine Initiative gegen Steuerbetrug oder Geldwäsche. Als ob es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Ihnen Steuergerechtigkeit völlig egal ist, wollen Sie auch noch die Erbschaftsteuer senken. Wir sagen: Das muss ein Ende haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatssekretär Roland Weigert: Sie verstehen es nicht!)

Die CSU vertritt immer gerne Law and Order, wenn es um die Sicherheit geht. Bei der Steuerhinterziehung, bei Finanzkriminalität ist es dann erstaunlich ruhig. Nicht nur beim politischen Willen für Steuergerechtigkeit ist diese Staatsregierung auf dem vorletzten Platz unter den Ländern, nein, sie ist auch Schlusslicht beim politischen Willen in Deutschland.

Wir GRÜNE sind klar der Meinung: Dieser Haushalt tut zu wenig für eine personell gut ausgestattete Finanzverwaltung, und es gibt kein Signal für Steuergerechtigkeit oder gegen Steuerbetrug. Einem solchen Haushalt können wir GRÜNE sicher nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Weil Sie in Wahrheit Kommunisten sind!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Franz Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Kollege Pargent, Sie haben von Gewerbesteueroasen gesprochen. Der Markt Holzkirchen fährt seit Jahren eine erfolgreiche Gewerbeansiedelungsstrategie mit einem niedrigen Gewerbesteuersatz, wodurch die Steuereinnahmen enorm prosperieren und Holzkirchen – ich sage mal – Leuchtturmgemeinde im Landkreis Miesbach ist. Da frage ich Sie, ob Sie das als Gewerbesteueroase bezeichnen. Ich betrachte das als aktive Gewerbepolitik. Sie haben Weltfirmen angesiedelt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pargent, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Die Firmen müssen ja irgendwo herkommen und hätten sich wahrscheinlich auch so in Deutschland angesiedelt,

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der AfD)

wenn sie nach einem Platz in Deutschland gesucht hätten.

(Tobias Reiß (CSU): Ist das naive Wirtschaftspolitik à la GRÜNE, oder was ist das?)

Jetzt schauen Sie zum Beispiel auf unserer Nachbargemeinde Grünwald. Dort gibt es mehr Briefkästen als Einwohner. So viel Gewerbe, wie dort formal angesiedelt wurde, wäre ja schön. Aber letztlich gehen Firmen, Holding-Strukturen und Ähnliches, aus München dort hin und zahlen weniger als die Hälfte des Gewerbesteuersatzes. Dadurch entsteht letztlich der Allgemeinheit, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bei uns, ein Schaden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, Sie erstaunen mich eigentlich nicht mehr. Das, was Sie heute wieder vorgetragen haben, ist Sozialismus pur, wie wir ihn von Ihnen seit Jahren gewohnt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist Steuerzahler-Bashing, allerdings diesmal etwas versteckter.

(Tim Pargent (GRÜNE): Nicht-Steuerzahler-Bashing!)

Diesmal haben Sie nicht von den Kriminellen gesprochen, sondern nur vom Landesfinanzkriminalamt, was Sie sich in Bayern wünschen. Sie finden den Wettbewerb bei der Gewerbesteuer unanständig. Ja, ich weiß, für einen Sozialisten ist Wettbewerb Teufelszeug.

(Zurufe: Oh!)

Natürlich, ganz klar, Sie verteidigen den Steuerpranger in Baden-Württemberg, sind für eine Bargeldobergrenze, und die Hälfte Ihrer Rede war geprägt von den Begriffen Steuerbetrug und Geldwäsche.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Pargent, so geht man nicht mit den Steuerzahlern in Bayern um, die dafür sorgen, dass wir hier das Land am Laufen halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP)

Ganz nebenbei, wenn Sie von Gestaltungsmöglichkeiten sprechen, die der Finanzminister hier in Bayern einschränken möge, lassen Sie sich gesagt sein, dass das Steuerrecht zum großen Teil Bundesrecht ist. Sie regieren ja leider Gottes jetzt doch seit über einem Jahr in Berlin. Sie können es richten, wenn Sie es denn wollen. Hoffentlich lassen Sie es so, wie es ist.

Lieber Kollege Pargent, das war jetzt keine Bewerbungsrede dafür, dass Sie einmal in politische Verantwortung kommen. Ich bin sehr froh, dass die politische Verantwortung bei dieser Koalition und diesem Finanzminister liegt. Deswegen gebührt ihm der erste Dank für einen – von Regierungsfractionen und Kabinett gemeinsam – wieder exzellent aufgestellten Haushalt. Ich glaube, die Haushaltsberatungen haben es auch gezeigt: Der Etat ist auf breite Zustimmung gestoßen. In vielen Bereichen hat die Opposition, zumindest teilweise, konzediert, dass da vieles richtig und gut ist.

Jetzt gebe ich das Kompliment auch mal zurück. Ich weiß, es ist schwierig in der Opposition, wenn man tausend Änderungsanträge stellt und die Änderungsanträge dann nicht angenommen werden. Aber ich kann schon sagen, dass etliche der Änderungs-

anträge natürlich in die politischen Überlegungen einfließen und dann, zu einem späteren Zeitpunkt, auch Bestandteil eines Haushaltsgesetzes werden. Von dem her auch Dank an die Opposition für die fleißige Arbeit, für die vielen Anregungen, die natürlich zum Teil unterschiedlich bewertet werden; dafür sind wir in der Politik mit verschiedenen Fraktionen und verschiedenen Grundhaltungen. Aber es war viel Fleiß, viel Herzblut dabei. Vielen Dank für diese hoch qualifizierte Arbeit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Haushalt lebt von den Einnahmen; denn wenn die Einnahmen sinken, dann geht es nur darum, dass man sich von Nachtragshaushalt zu Nachtragshaushalt hangelt. Das war übrigens in der Bundesrepublik Deutschland der 1970er-Jahre durchaus regelmäßig der Fall, dass die damals rot-gelbe Bundesregierung Nachtragshaushalte aufstellen musste, weil das Geld nicht reichte. Das gibt es in Bayern nicht. Deswegen kann man sagen, dass das, was am Ende herauskommt, meistens besser ist als der Haushaltsplan. Von daher ist dieser Haushaltsplan nicht nur ein Plan ohne Neuverschuldung, sondern auch ein Plan, der vermutlich genügend Potenzial hat, um die Rücklagen aufzufüllen.

Ein großes Dankeschön natürlich auch an die Finanzbeamten. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Wir haben vor wenigen Jahren in Griechenland eine massive Staatskrise gehabt, weil dort die Finanzverwaltung eben nicht funktioniert hat. Griechenland ist nicht so weit weg; Griechenland ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Umso höher muss man es einschätzen, wie die bayerischen Steuerbeamten hier arbeiten. Hier sind wir in Deutschland spitze, nicht nur bei den Einnahmen, nein, auch bei denjenigen, die in den Finanzämtern arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir tun etwas für die Ausbildung, selbstverständlich. Das ist uns sehr wichtig. Ganz nebenbei: Es wird in Kronach, es wird in Kaufbeuren ein neuer Campus entstehen, damit die Studenten gute Voraussetzungen haben. Wir werden auch weiterhin sehr

stark auf die Ausbildung setzen, weil wir wissen, dass wir dieses hohe Niveau nur dann halten können, wenn wir auch qualifiziert und gut ausbilden.

Zwei Punkte noch: das eine ist der Breitbandausbau. Das ist gelebte Infrastruktur für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Ich kann mich noch daran erinnern, als wir hier ins Parlament kamen; der frühere Finanzminister Erwin Huber meinte, der Breitbandausbau sei Privatsache, damit habe der Staat nichts zu tun. Wir haben dann, 2008, mit 19 Millionen angefangen. Jetzt sind wir durchaus so weit, dass man sagen kann, wir sind hier gut unterwegs – für den ländlichen Raum; denn dort entstehen gerade durch eine gute Breitbandversorgung neue Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Schwerpunkt für gleichwertige Lebensverhältnisse ist die Heimatstrategie. Auch hier ist Bayern vorbildlich; denn Behördenverlagerungen außerhalb der Metropolen setzen Akzente und Impulse in allen Regionen in Bayern, sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum. Ich denke, Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass es in allen Landesteilen stark ist. Das wird durch diese Heimatstrategie befördert.

Vielen Dank, Herr Finanzminister, vielen Dank an die Regierungsfractionen. Ich glaube, dieser Haushalt hat – der Kollege Hofmann hat es gesagt – unser aller Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion die Kollegin Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Staat lebt vom Geld seiner Bürger – Geld, das er nicht selbst verdient, sondern in Form von Steuern bei Bürgern und Unternehmen abschöpft. Die Voraus-

setzung für gute Steuereinnahmen ist eine starke Wirtschaft. Unter Söder verliert der früher so starke Wirtschaftsstandort Bayern leider immer mehr an Attraktivität.

(Beifall bei der AfD)

Erst vor wenigen Wochen hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft festgestellt, dass sich die Industrie im Freistaat unterdurchschnittlich entwickelt, und das nicht erst seit Corona und nicht erst seit der auch von der CSU mitverursachten Inflation. Schon seit Jahren läuft der Motor der bayerischen Industrie nicht mehr rund. Unser solider Vorsprung schmilzt dahin, und andere holen auf.

Heimische Spitzenunternehmen befinden sich mittlerweile auf der Flucht. Die Bayerischen Motoren Werke beispielsweise produzieren deutsche Hochtechnologie nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland für das Ausland. Kein Wunder also, dass auch Fachkräfte wegen der weltweit höchsten Steuer- und Abgabenlast dieses Land mittlerweile meiden wie der Teufel das Weihwasser. Schuld daran sind die radikalen Klimagesetze und die hohen Energiekosten. Dadurch geht uns jeden Tag mehr an Technologiekompetenz und Wirtschaftskraft verloren. Das alles hat neben der durch die EZB weitgehend hausgemachten Inflation, den hohen Faktorpreisen, der überbordenden Bürokratie und aufgrund völlig mangelhafter Digitalisierung negative Auswirkungen auf unsere Konjunktur.

Die schon eingangs zitierte Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erwartet einen drastischen Rückgang der Wertschöpfung und prognostiziert, dass es gerade gegen Ende dieses Jahres sehr schwer und sehr kostspielig sein wird, die Gasspeicher wieder aufzufüllen.

Die komplette CSU trägt dabei eine wesentliche Mitverantwortung dafür, dass bald eines der sichersten Kernkraftwerke der Welt, Isar 2, vom Netz genommen wird. Die energieintensiven Betriebe, die sich um das Kernkraftwerk angesiedelt haben, müssen immer höhere Energiepreise stemmen. Deutschland muss Atomstrom aus dem Aus-

land einkaufen. Einen effektiveren Plan zur Schädigung heimischer Unternehmen hat sich seit dem Sozialismus wohl keiner mehr ausgedacht.

(Beifall bei der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht nur skandalös, das ist einfach nur irre! Geht es der Wirtschaft schlecht, hat das fatale Auswirkungen auf die Staatskasse und letztlich auch auf unseren Sozialstaat. Dieser – weiß Gott nicht gerade überkomplexe – Zusammenhang könnte auch von der Bayerischen Staatsregierung verstanden werden, was er aber offensichtlich nicht wird. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Staatsregierung in noch nie dagewesener Weise Rücklagen verschleudert und auch deshalb erneut vom Bayerischen Obersten Rechnungshof ermahnt wurde.

Damit nicht genug: Die neue Grundsteuer hat zu einem allgemeinen Chaos bei den Bürgern und teilweise auch bei den Behörden geführt. Die Frist zur Abgabe wurde bis Ende April verlängert. Unsere Bürger sind verunsichert. Viele befürchten zu Recht erhebliche Steuererhöhungen für ihre Grundstücke, und dem Staat droht eine mögliche Klagewelle.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bayerischen Staatsregierung, reiten wie Hofreiter mittlerweile ganz auf dem Gaul der links-grünen globalistischen Agenda. Während für fast alles in der Welt bayerisches Geld zur Verfügung gestellt wird, unter anderem für milliardenschwere Waffenlieferungen an die Ukraine, mangelt es bei der Finanzierung der Heimat hinten und vorne. Auch immer mehr bayerische Traditionsvereine stehen vor dem Aus. Der Grund dafür ist unter anderem die enorme Belastung finanzieller, aber auch zeitlicher und bürokratischer Art, die beispielsweise mit dem Amt als Vorsitzender eines Vereines verbunden ist.

Das Engagement des bayerischen Staates für Heimatpflege im Einzelplan 06 ist aber seit Jahren rückläufig. Natürlich, bei der Staatsregierung, der die Rettung des Weltwet-

ters und ein Stellvertreterkrieg wichtiger sind als die eigene Heimat, ist das auch nicht anders zu erwarten.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben deshalb Anfang Februar zwei Änderungsanträge zum Bereich Heimat und Heimatpflege gestellt; denn schließlich heißt das Ministerium ja Ministerium der Finanzen und für Heimat. Wir fordern sowohl die Unterstützung von Traditionsvereinen als auch die Unterstützung von Kommunen, die hauptsächlich für den Bereich Heimatpflege zuständig sind. Wir fordern die Einführung eines Titels namens "Förderungen zum Erhalt traditioneller Vereine". Dieser soll Ehrenamtliche, die eine verantwortungsvolle Position in einem traditionellen Verein innehaben, finanziell durch die Auszahlung einer Ehrenamtsprämie entlasten und somit langfristig für den Erhalt des bayerischen Brauchtums sorgen. Dieser Titel dient auch dazu, dass keine Kommune aufgrund wegbrechender kommunaler Einnahmequellen und steigender finanzieller Belastungen auf Traditionsvereine verzichten muss. Wir haben auch gefordert, mehr Mittel für die Auszeichnung von Menschen zur Verfügung zu stellen, die sich um die bayerische Heimat verdient gemacht haben; denn uns als AfD liegt die bayerische Heimat wirklich am Herzen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht als Nächster Herr Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Finanzministeriums ist für uns Anlass, heute über drei Themen zu sprechen: Erstens. Thema Einnahmen und Steuervollzug. Zweitens. Verwaltung und Umgang mit unseren Staatsbeteiligungen. Drittens. Steuerung der Verwaltung, auch beim Thema Personalgröße.

Zum ersten Thema, Einnahmen und Steuervollzug: Es ist ein Armutszeugnis für Bayern, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof in dieser Woche zum 26. Mal in Folge einen mangelnden Steuervollzug in Bayern kritisiert,

(Beifall bei der SPD)

diesmal exemplarisch in den Bereichen Besteuerung von Aufsichtsratsvergütungen und Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücksveräußerungen. Bei der Besteuerung von Aufsichtsratsvergütungen, Kolleginnen und Kollegen, geht es nicht darum, den kleinen Leuten in Bayern in die Tasche zu greifen. Hier geht es um das Thema Steuergerechtigkeit und darum, dass Menschen, die viel verdienen, auch das zu bezahlen haben, was in den Steuergesetzen steht.

Die Zahlen sind leider eindrücklich: Bayern liegt beim Verhältnis Personal zu Einwohnerzahl auf dem 8. Platz in Deutschland, beim Verhältnis Betriebsprüfer zu Betrieben auf dem 13. Platz, beim Verhältnis Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen auf dem 16. Platz und beim Verhältnis der zentralen Kennzahl Personal zu Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen auf dem 15. Platz in Deutschland. Dies ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Sie vernachlässigen in diesem Haushalt eine der wichtigsten Grundlagen, nämlich sich nicht nur um die Ausgaben dieses Freistaats zu kümmern, sondern auch um die Einnahmen, und zwar nicht durch Steuererhöhungen etc., sondern indem Sie das bestehende Steuergesetz gerecht gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat nichts mit Sozialismus zu tun, sondern mit Gerechtigkeit und damit, nicht bestimmten Steuerlobbygruppen auf den Leim zu gehen, die sich nur für Steuerhinterzieher und -verkürzer einsetzen und den kleinen Leuten einreden wollen, dass es in ihrem Sinne wäre, wenn Unternehmen nicht oft und konsequent kontrolliert werden.

(Hans Herold (CSU): Bei den Einnahmen erster Platz!)

Kolleginnen und Kollegen, zum zweiten Punkt, dem Umgang mit den Staatsbeteiligungen: Wir haben 68 Staatsbeteiligungen mit circa 40.000 Beschäftigten in Bayern. Im Gegensatz zur FDP bin ich und sind wir von der SPD eindeutig der Auffassung, dass es richtig ist, diese Staatsbeteiligungen zu haben. Nur sind wir der Auffassung, aus diesen Staatsbeteiligungen könnte man deutlich mehr herausholen und mit diesen Staatsbeteiligungen könnte man mehr für diesen Freistaat tun. Ich nenne zwei Beispiele.

Beispiel eins: Bayerische Eisenbahngesellschaft. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft steuert den SPNV oder soll den SPNV in Bayern steuern, und zwar in zweierlei Hinsicht: zum einen, was die bestellten Leistungen betrifft, und zum anderen sind auch Impulse zu geben, wo es zu Reaktivierungen und zu verstärktem Betrieb kommen soll. Beides kann die Bayerische Eisenbahngesellschaft derzeit bei der Personalausstattung und insbesondere mit ihrer Finanzausstattung nicht tun. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft steht nun einmal – um es konkret zu sagen – immer am Rande der Insolvenz und kann keine neuen Bestellungen vornehmen. Hier muss sich etwas ändern, und hier, Herr Finanzminister, erwarten wir mehr Steuerung durch das Finanzministerium.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel zwei: Wohnungsbau. Wir haben hervorragende Instrumente. Wir haben Instrumente wie die BayernHeim, die BayernGrund, das Siedlungswerk Nürnberg und die Stadibau sowie im Finanzierungsbereich die KfW und die LfA und nicht zuletzt die Landesbank. Nachdem die BayernHeim bezüglich der Zahlen, die wir hier schon mehrfach diskutiert haben, krachend gescheitert ist, ist es nun endlich an der Zeit, all diese Beteiligungen zusammenzuführen und eine gemeinsame Strategie für mehr und besseren Wohnungsbau in Bayern, auch unter Einbeziehung einer weiteren Gesellschaft bzw. einer Verwaltungseinheit, der Immobilien Freistaat Bayern, zu entwickeln, um endlich schlagkräftig zu werden und wenigstens annähernd die 10.000 Wohnungen zu erreichen, die der Ministerpräsident so vollmundig versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, zum dritten Thema: Natürlich ist es auch Aufgabe des Finanzministeriums, über die Personalkosten in den einzelnen Ressorts zu steuern. Ich weiß, auch wir im Parlament, über alle demokratischen Fraktionen hinweg, fordern an einzelnen Stellen immer wieder mehr Personal. Es ist auch richtig, dass wir mehr Personal in der Bildung, in der Pflege und in der inneren Sicherheit brauchen, oder auch, wie ich finde, im Steuervollzug. Aber genauso richtig ist es, sich über die Kennzahlen auch darum zu kümmern, dass die Personalquote, die bei uns im bayerischen Haushalt inzwischen fast 40 % der Ausgaben von 71 Milliarden Euro ausmacht, nicht durch die Decke geht. Hier sehen wir keinerlei Bewegung. Bewegung würde an dieser Stelle schlicht und einfach heißen, dass man auch einmal zu große Verwaltungsteile wie zum Beispiel den Kopf des Kultusministeriums, in dem die Hälfte des Personals nur damit beschäftigt ist, jeden Tag ein neues KMS zu schreiben, oder die immer stärker werdende Staatskanzlei, die in diesem Staat alles kontrollieren will, angeht.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Null neue Stellen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies wären drei Aufgaben, wo es lohnenswert wäre, sich darum zu kümmern. Wenn Sie unsere Anregungen hierzu aufnehmen würden, so, wie es Herr Kollege Pohl angesprochen hat, könnte man zukünftigen Haushalten in den nächsten Jahren vielleicht zustimmen. Dieser Haushalt ist jedenfalls nicht zustimmungsfähig, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Güller, es gibt noch Zwischenfragen. Sie haben noch mehr Redezeit. Der Kollege Duin hat die erste Zwischenfrage.

Albert Duin (FDP): Kollege Güllner – –

Harald Güller (SPD): Ohne "n"!

Albert Duin (FDP): Okay. – Wenn ich es richtig verstanden habe, beurteilen Sie die Qualität des Staates nach der Anzahl der Mitarbeiter, die der Staat hat. Später reden Sie davon, dass unsere Staatsquote zu hoch ist. Das widerspricht sich doch! Jeder Betriebswirtschaftler weiß, dass ich mit wenig Personal, gut ausgestattet und gut digitalisiert, genauso gut zurechtkomme wie mit einer Menge von Angestellten. Jeder Betrieb würde sie rausschmeißen. Das ist ja Unsinn, einfach immer mehr Overhead obendrauf zu setzen. Das ist unbezahlbar. Dann kommen Sie mit der Staatsquote und damit, dass sie zu hoch ist. Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Harald Güller (SPD): – Ich weiß jetzt nicht, wer in diesem Hause gerade von FREIEN WÄHLERN und CSU an dieser Stelle klatscht. Auf jeden Fall haben Sie offensichtlich nicht zugehört. Meine Rede hat damit geendet, dass die Staatsquote auch deshalb zu hoch ist, weil wir zu viel Personal im Overhead eingesetzt haben. Ich habe ganz konkret zwei Ministerien genannt. Ich habe erstens das Kultusministerium genannt, und ich habe zweitens die Staatskanzlei genannt. Da stimme ich Ihnen voll und ganz zu: Weniger Personal an dieser Stelle, teilweise auch mit besserer Digitalisierung etc., wäre viel besser als das, was wir momentan haben.

Aber lassen Sie mich die letzten 25 Sekunden, die Sie mir durch Ihre Zwischenbemerkung gegeben haben, noch dazu nutzen, ein ganz herzliches Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Hause, die geholfen haben, dass wir fast 990 Anträge in 46 Stunden zusätzlicher Beratung durchbekommen haben. Ebenso ein herzlicher Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, aber auch des Finanzministeriums, die uns hervorragend betreut haben; denn ansonsten wäre diese Arbeit so nicht machbar gewesen. Herzlichen Dank an alle!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt noch eine Frage an Sie. Sie können sich noch mal bedanken. Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Böhm.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Güller, ich will fast ins selbe Horn stoßen – zum Verhältnis von Steuerbeamten und Bürgern, das Sie angesprochen haben. Jeder hier im Hohen Haus weiß, dass ich bestimmt nicht dazu neige, eine Lanze für die Staatsregierung zu brechen. Aber ich muss hier schon konstatieren: Kann dieser relativ geringe Personalbedarf pro Steuerbürger nicht auch etwas damit zu tun haben, dass bayerische Beamte wesentlich effektiver arbeiten als Beamte in anderen Bundesländern, weil bayerische Beamte eben nicht diesem links-grünen Diktat, diesem links-grünen Regime unterliegen, das in anderen Bundesländern gute Praxis ist?

Harald Güller (SPD): Herzlichen Dank für diese Realsatire am frühen Morgen! Personalbedarf stellt völlig objektiv der Bayerische Oberste Rechnungshof fest, der dessen unverdächtig ist, dass er permanent mehr Personal fordert; sondern er fordert einen ordentlichen Personaleinsatz. Er stellt zum 26. Mal hintereinander fest, dass wir im Steuervollzug in Bayern zu wenig Personal haben. Ich zitiere gern auch noch mal die Bayerische Finanzgewerkschaft, die sagt, dass die Zahl der Steuererklärungen in den letzten 10 Jahren um 30 % gestiegen ist. Das Personal ist aber nicht entsprechend gestiegen.

Übrigens darf ich noch feststellen: Wir haben 16.785 Stellen im Plan zum 1. Januar 2022. Davon sind 1.473 Stellen unbesetzt. Es würde ja allein schon helfen, wenn wir diese Stellen, die nicht besetzt sind, die aber im Plan stehen, besetzen würden. Das ist die Antwort auf Ihre humoristische morgendliche Frage.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Güller. Das war es an Zwischenfragen. – Der nächste Redner spricht für die FDP-Fraktion, es ist Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich an den fröhlichen Morgenappell vom Kollegen Hofmann anschließen. Es tut mir leid, ich glaube, ich kann mich doch nicht überwinden, dem zuzustimmen. Ich werde gleich erklären, warum.

Ich wollte eigentlich zum Thema Beteiligung noch etwas sagen. Aber nachdem Kollege Güller schon so schön die FDP-Position erklärt hat, vielleicht nur noch der Satz dazu: Uns geht es schlicht und einfach nur darum, dass im Gesetz steht, dass wir eine Beteiligung machen, wenn ein anderer es nicht mindestens genauso gut oder besser kann. Das ist für mich das A und O. Da gehe ich durch alle Beteiligungen. Heute Morgen hatte ich gerade wieder eine schöne Pressemeldung zu dem Thema.

Nein, ich will einfach ein paar Punkte erläutern, bei denen ich schon glaube, dass wir hier in dem Bereich Einzelplan 06 noch einige Ansätze hätten. Das Personal ist schon ein paarmal angesprochen worden. Es gab sehr unterschiedliche Auffassungen, ob das Personal zu viel oder zu wenig ist. Fakt ist, dass fast 75 % des Einzelplans Personalkosten betreffen.

Ich habe aus Gesprächen – aus Gesprächen nicht mit leitenden, sondern mit jungen Beamten – immer wieder die Rückmeldung erhalten, dass zum Beispiel im Bereich Digitalisierung noch sehr viel mehr geht – Digitalisierung im Sinne von Digitalisierung der Abläufe. Ich meine, dass wir hier noch ganz schöne Spielmöglichkeiten haben, dass wir tatsächlich auch manches einsparen oder vielleicht auch effektiver arbeiten könnten, vielleicht das eine oder andere mehr machen könnten. Lasst doch mal die jungen Beamten ein bisschen probieren! Das heißt nicht, dass sie jetzt völlig frei drehen können, aber dass sie das eine oder andere ausprobieren können. Das wäre schon mal eine Möglichkeit. Ich möchte das wieder mal anregen.

Der eine Punkt, den auch Kollege Hofmann – glaube ich – am Rande angesprochen hat, ist: Ich erwarte geradezu, dass demnächst die Frage kommt, wieso die Lehrer alle auf A 13 gesetzt werden. Wenn ich die Fachkenntnisse anschau – an der Stelle will

ich wirklich mal die Beamtenschaft in den Finanzämtern loben –, muss ich sagen, sie sind alle extrem sachkundig und auch sehr, sehr fleißig. Das möchte ich wirklich an der Stelle mal sagen. Wenn ich mir anschau, dass sie teilweise dann geringer bezahlt werden als die Lehrer, sehe ich eine Diskussion auf uns zukommen. Ich glaube, alles andere wäre ein Wunder.

Zweiter Punkt: Grundsteuererklärung. Wir haben es hier schon oft genug diskutiert. Wir haben gesagt, dass wir letztendlich eine Chance zur Digitalisierung verpasst haben. Was mich am meisten verblüfft hat, war die Auskunft, die ich inzwischen bekommen habe, dass der Anteil der manuell eingereichten Erklärungen im Vergleich zu anderen Ländern extrem hoch ist. Dabei haben wir doch eigentlich ein Modell in Bayern festgelegt – ich bin nach wie vor ein Anhänger dieses Modells –, mit dem wir im Vergleich zu anderen ein relativ einfaches System haben. Man sollte wirklich noch mal darauf achten, wie wir das künftig handhaben.

Mit der Verlängerung der Frist hatte ich überhaupt kein Problem, muss ich sagen; denn es gibt keinen Zeitdruck. Ich fand es nur immer ganz kurios, dass man mir nicht sagen kann, wie viele Grundsteuererklärungen von den staatlichen Liegenschaften tatsächlich noch ausstehen, während man es bei den Bürgern ganz genau sagen kann.

Ein Thema wäre mir noch wichtig. Das will ich hier an der Stelle noch mal adressieren. Ich habe das schon an vielen Stellen gesagt. Ich höre hier – die Kollegin von der AfD hat es vorher auch zitiert –, dass durch die Grundsteuerreform mehr Grundsteuer zu zahlen ist. Das ist nicht so. Die Kommune setzt die Grundsteuerhöhe fest. Lediglich ein Berechnungsverfahren ist geändert worden. Das muss man immer wieder verkaufen. Draußen wird immer wieder dargestellt, dass der Freistaat insgesamt und wir als Parlament die Grundsteuer erhöht haben. Nein, das haben wir nicht! Ich lege immer Wert darauf und bitte auch Sie noch mal, Herr Finanzminister, das immer wieder zu betonen, nicht nur zu sagen, dass wir das Verfahren geändert haben, sondern klarzu-

stellen, dass es Entscheidung der Kommune ist, wie hoch die Grundsteuer am Schluss wirklich ist.

Punkt drei, den ich noch ansprechen wollte: Betriebsprüfungen. Ich hatte es beim letzten Mal auch schon im Haushaltsausschuss angeregt. Es gibt durchaus Möglichkeiten, die Auswahl, wo man denn Betriebsprüfungen durchführt, noch viel stärker risikoorientiert zu treffen. Man wird nie eine Hundert-Prozent-Prüfung hinkriegen. Ich glaube auch nicht – wie die SPD es immer darstellt und der Kollege Pargent es heute auch gesagt hat –, dass wir sozusagen einfach mit einer Erhöhung des Personalstandes dann auch zusätzliche Steuern bekommen. Das halte ich für falsch. Ich meine, dass man hier risikoorientiert vorgehen soll, wie es eine normale Wirtschaftsprüfung mit einer geschichteten Stichprobe und mehr Risikofaktoren auch macht. Da ist noch mehr drin.

Ein letzter Punkt: Behördenverlagerung. Das ist ein Lieblingsthema von mir, bei dem ich immer wieder sage, dass Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stehen. Ich warte immer noch auf die Antwort zu einer Anfrage, die ich vor vier Monaten gestellt habe. An vielen Stellen ist Behördenverlagerung einfach Deckmantel für eine Sanierung von Gebäuden. Wenn es so wäre, hätten wir die Kosten aber an der falschen Stelle ausgewiesen.

Das sind einfach ein paar Beispiele für Kritikpunkte, wegen derer ich mich schwertue, dem Einzelplan zuzustimmen. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Je früher der Morgen, desto besser der Haushalt. – Ich sage es frei nach dem Kollegen Martin Bachhuber, der das schon gestern Abend festgestellt hat.

Umso erstaunlicher ist eigentlich die Kritik der Opposition heute Morgen; denn Finanzkunst ist es schon, wenn die Einnahmen gut verwaltet werden und die Ausgaben gut geregelt sind. Dafür ist dieser Haushalt 2023 wieder ein Paradebeispiel. Bayern liefert wieder den Beweis für diese Finanzkunst. Deshalb sage ich ein ganz herzliches Dankeschön an unseren Finanzminister Albert Füracker für seine fürsorgliche und gute Arbeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushalt hat viele klare Botschaften. Wir machen Bayern wirtschaftlich stark. Bayern hat die meisten Industriearbeitsplätze, die geringste Arbeitslosenquote und ein Bruttoinlandsprodukt, das größer ist als das Tschechiens, Portugals und Griechenlands zusammen. Bayern ist Wirtschaftsstandort Nummer eins. Wir machen Bayern stabil. Meine Damen und Herren, das lassen wir von niemandem in Abrede stellen.

Meine Damen und Herren, wir kümmern uns selbstverständlich auch um ein gutes Beteiligungsmanagement. Wir kümmern uns um unsere Heimat. Wir haben viele gute Heimatempfänge und würdigen auch das Ehrenamt. Wir machen viele andere Dinge und sorgen zum Beispiel dafür, dass die digitale Erschließung auch in diesem Land gut vorankommt. Wir bauen Datenautobahnen. Wir gestalten und fördern den ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist das Personal das Herzstück dieses Einzelplans 06. Ohne Moos ist auch im Freistaat Bayern nichts los. Das wissen auch wir. Nur ist die Formel der Opposition doch etwas sehr einfach, um nicht zu sagen: schräg. Sie fordern mehr Beamte und mehr Prüfung. Da gähnt sogar der Kollege Gülller. Mehr Beamte, mehr Prüfung und mehr Kontrolle bedeuten für Sie automatisch mehr Steuern. Nein, die Formel lautet anders: Wir fordern mehr Wirtschaft, mehr Umsatz und mehr Gewinne. Das bedeutet mehr Steuern. Das ist der Schlüssel. Meine Damen und Herren, diese Gleichung müssen Sie aufstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das sind die Grundsätze der Volkswirtschaft. Bayern ist letztendlich auch bei den Steuereinnahmen Nummer eins. Nicht umsonst können wir beim Länderfinanzausgleich immer diese Spitzenwerte erzielen. Meine Damen und Herren, die Formel lautet so: Erst die Leistung, dann die Steuer. Wir wollen keinen Pauschalverdacht und keine Kriminalisierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb freue ich mich im Großen und Ganzen natürlich auch darüber, dass der Beruf des Finanzbeamten heute mehrfach als unverzichtbar dargestellt wurde; denn die gesellschaftliche Anerkennung hält sich da regelmäßig sehr in Grenzen. Ich freue mich natürlich auch, dass wir 100 zusätzliche Stellen in diesem Haushalt schaffen. Auch das ist ein deutliches und klares Signal für einen verlässlichen und gerechten Steuervollzug.

Meine Damen und Herren, wenn wir von verlässlichem und rechtem Steuervollzug sprechen, dann müssten wir eigentlich von einem einfacheren Steuerrecht reden. Die Komplexität dieses Steuerrechts ist unser Problem. Wir brauchen ein einfacheres Steuerrecht. Dass Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen etwa 15 bis 20 % der Steuereinnahmen ausmachen und dass wir dort gleichzeitig einen Personaleinsatz von geschätzt 50 % haben, ist völlig ineffizient. Das wäre ein Bundesthema. Da könnte sich auch mal der Bundesfinanzminister rantrauen und für ein einfacheres Steuerrecht sorgen. Das wäre eine Entlastung im Steuerdschungel. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre auch eine echte Entlastung der Finanzbeamten und der Unternehmen sowie ein echter Beitrag zur Steuergerechtigkeit, aber auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Ich freue mich natürlich schon, dass sich der Kollege mal mit dem Personalkörper auseinandersetzt; denn eigentlich fordert die Opposition jeden Tag nur neue Stellen, egal ob beim Finanz- oder Kultusministerium oder in anderen Bereichen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gäbe eine Zwischenfrage. Dann haben Sie noch mehr Redezeit.

Wolfgang Fackler (CSU): Okay, dann mache ich da später weiter.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Herr Kollege Kaltenhauser macht eine Zwischenbemerkung.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ich war jetzt ganz erstaunt, von Ihrer Seite zu hören, dass auf einmal die Forderung nach Steuererleichterung und einem vereinfachten Steuersystem erhoben wird. Wir laufen im Bund seit 10 bis 15 Jahren damit rum. Wir sind immer schwer damit an die Wand gefahren, weil es überhaupt keine Unterstützung dafür gab.

(Petra Guttenberger (CSU): Dafür macht ihr doch Steuererhöhungen!)

Wir haben gesagt, dass wir alle Ausnahmetatbestände prüfen und runterfahren müssen. Dann können wir am Schluss sogar auf niedrigere Steuersätze kommen, ohne dass wir am Gesamtvolumen einen Verlust an Steuereinnahmen haben. Darum bin ich jetzt völlig erstaunt darüber, dass es tatsächlich plötzlich doch eine Unterstützung gibt.

Wolfgang Fackler (CSU): Herr Kollege Kaltenhauser, da dürfen Sie gerne erstaunt sein. Ich persönlich unterstütze diese Forderung, dass wir Steuervereinfachungen bekommen, schon lange und schon immer. Ohne die wird es letztendlich auch nicht gehen. Darum können Sie da, wie gesagt, auch Ihrem Bundesfinanzminister den guten Vorschlag machen, dass er sich am besten an das Thema heranbegibt, statt wie jetzt im Koalitionsausschuss versteckte Steuererhöhungen zu machen. Das haben Sie

letztendlich gemacht. Sie waren eine Woche lang beschäftigt. In der Zeit, in der Sie im Koalitionsausschuss sind, machen wir hier den gesamten Haushalt. So sieht es letztendlich aus.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Meine Damen und Herren, ich freue mich also auf jeden Fall auch, dass die 40 % Personalquote mal angesprochen wird; denn eigentlich fordern Sie jeden Tag nur neue Stellen in allen Bereichen, und heute tun Sie so, als würden Sie die gar nicht wollen. Meine Damen und Herren, deswegen ist das schon sehr merkwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich glaube, der Haushalt ist gut aufgestellt, berücksichtigt alle Bereiche und bringt Bayern weiter nach vorne. Wir werden zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Fackler. – Der nächste Redner ist der Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke für die doch recht sachliche Besprechung des Einzelplans 06, oder, wie er in kurzen Worten heißt: Haushalt des Finanz- und Heimatministeriums. Ich danke allen, die den Haushalt zu Recht gelobt haben. Ich danke allen, die diesen jetzt bei der Abstimmung unterstützen. Ich danke dem Haushaltsausschuss und allen, die hier guten Willens sind und auch das, was hier vorliegt, entsprechend mittragen; denn tatsächlich ist es nicht ganz einfach, in Zeiten wie diesen Haushalte zu planen, aufzustellen und dann auch noch ohne Schulden zu kalkulieren. Insofern ist uns hier, glaube ich, etwas gelungen, worum uns viele andere beneiden dürften, weil es ihnen in der Weise nicht gelingen kann.

Natürlich wurden die Steuerzahlerinnen und -zahler belobigt. Ich schließe mich diesem Lob an. Ich sage bei jeder meiner Veranstaltungen: Meine besten Freunde sind die Steuerzahlerinnen und -zahler; denn sie ermöglichen erst, dass wir Politik machen können und etwas zu verteilen haben. Auch der Anfang von Sozialpolitik ist Wirtschaft. Aller Anfang von Geldausgeben ist Wirtschaft. Das ist harte Arbeit. Darin sind wir in Bayern richtig gut, weil wir fleißige Menschen haben. Deswegen bin ich hierfür sehr dankbar. Wir geben aber auch den Menschen die Möglichkeit, sich im Rahmen ihrer Kraft und ihrer Leistungsstärke im Land zu engagieren. Wir schaffen Investitionsbedingungen, die gut sind. Wir versuchen, in Berlin auch steuerpolitisch das zu erstreiten, was zu mehr Leistung führt. Wir versuchen, nicht nur Verteilungsfragen zu diskutieren, sondern auch denen, die das erwirtschaften, weiterhin die Sicherheit zu geben, dass sich ihre Arbeit lohnt. Arbeit muss sich lohnen. Das gilt auch in Zukunft.

Herr Pargent, interessant ist, dass Sie sagen, die CSU rufe nach Steuermitteln des Bundes. Das ist das neue Wort, das in der letzten Zeit erfunden wurde: Berlin-Bashing. Meine Damen und Herren, es geht nicht um Berlin-Bashing, sondern um Aussprechen der Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist, dass das Geld, das im Bundeshaushalt steht, zu großen Teilen auch in Bayern erwirtschaftet wird. Ich möchte den bayerischen Steuerzahlerinnen und -zahlern nicht – anders als Sie, Herr Pargent, das tun – erzählen, dass wir quasi keinen Anspruch darauf hätten, in Berlin etwas einzufordern. Ich muss auch nicht ständig Danke sagen, wenn die Bundesrepublik Deutschland in Bayern etwas tut. Sie tut es überwiegend mit bayerischem Steuergeld.

(Petra Guttenberger (CSU): Richtig!)

Ich möchte mal den Bundeshaushalt dahin gehend durchforsten, wie viele bayerische Steuergelder da drin sind und wie viele davon in Bayern ankommen. Das werde ich einmal tun, wenn Sie mir sagen, dass wir nach Steuermitteln des Bundes rufen.

Meine Damen und Herren, wir rufen nicht nach Steuermitteln, sondern wir fordern im Namen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger unser Recht ein.

(Beifall bei der CSU)

Sie erwecken den Eindruck, als stiegen die Steuereinnahmen direkt proportional zur Zahl der Finanzbeamten. Das hätte im Umkehrschluss zur Folge, dass wir dann im Länderfinanzausgleich nichts mehr bezahlen müssten;

(Petra Guttenberger (CSU): Das hätte doch was!)

denn dann hätten wir keine Steuereinnahmen, weil wir angeblich so wenige Finanzbeamte haben. Andere, die viele Finanzbeamte haben, hätten viel mehr Steuereinnahmen. Der Zusammenhang ist insofern etwas paradox, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Steuerverwaltung leistet Großartiges, und es ist wahr: Wie bei allen staatlichen Verwaltungen, die ich besuche, ist der Wunsch nach mehr Personal auch direkt nachvollziehbar. Es muss aber auch alles ausgewogen bleiben. Es ist nicht so, dass wir zu wenig staatliches Personal hätten, wie uns in der Öffentlichkeit und von der Wirtschaft vorgeworfen wird. Vielmehr haben wir die staatlichen Stellen in den letzten Jahren doch ordentlich aufgestockt, auch bei den Lehrern.

Kultusminister Piazzolo sagte vor Kurzem, wir hätten genauso viele Schülerinnen und Schüler wie vor sechs Jahren, aber 7.000 Stellen mehr. Wir haben mehr Polizisten. Wir haben auch mehr Finanzbeamte, meine Damen und Herren. Seit 2009 haben wir 3.600 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch in diesem Haushalt sind 100 zusätzliche Stellen für die Finanzgerichte und die Finanzämter enthalten. Wir haben anhaltend hohe Einstellungszahlen. Es gibt über 2.200 Auszubildende in der Finanzverwaltung; die Besetzung wird laufend erhöht. In den Finanzämtern gibt es zusätzlich 962 Vollzeitkräfte in den letzten elf Jahren; am Landesamt für Steuern, das den Finanzämtern massiv hilft, gibt es 450 zusätzliche Stellen.

Eines ist interessant, lieber Herr Pargent, auch wenn Sie das jetzt gerade nicht hören möchten. Sie haben gesagt, in anderen Ländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, werde 2023 eine Behörde gegen den Steuerbetrug gegründet. 2013 haben wir die Sonderkommission "Schwerer Steuerbetrug" installiert, bei der mittlerweile fast 200 MAK tätig sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Seit 2013 machen wir in Bayern, was anderswo jetzt 2023 angeblich erfunden und von den GRÜNEN in Bayern belobigt wird.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir brauchen hier keinen Nachhilfeunterricht, Herr Pargent; das sage ich Ihnen in aller Ehrlichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir prüfen risikoorientiert, also nicht jeden, bei dem ohnehin klar ist, dass kein Risiko für Steuerhinterziehung besteht. Die Mehrergebnisse je Prüfung sind im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern sehr hoch. Wir schätzen also das Risiko ein und prüfen vor allen Dingen dort, wo auch nach all dem, was ausgewertet wird, die Wahrscheinlichkeit besteht, dass Steuernachzahlungen fällig würden.

Wissen Sie, es ist immer wieder das Gleiche. – Lieber Harald Güller, du bist schon so lange da und ich habe dir das schon so oft erzählt; heute gebe ich es einmal zu Protokoll. Harald Güller sagt immer, die Stellen in den Finanzämtern seien nicht besetzt. – Wir haben in den Finanzämtern 17.106 Stellen; ich muss es vorlesen, weil ich es mir nicht immer genau merken kann, und es ändert sich auch ab und zu. – Herr Körber, filmen Sie es; ich sage das nämlich zum Stand vom 01.01.2023. Es ist die Wahrheit.

Es gibt 15.511 Stellen für die Beschäftigten der Finanzämter, hinzu kommen 195 Stellen für Auszubildende und 697 Stellen, die wir unter "sonstige Besetzungen" führen, zum Beispiel für die Altersteilzeit. Ich kann diese Stellen nicht zweimal vergeben. 703 Stellen werden für vorzeitige Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Beurlaubun-

gen oder Teilzeitveränderungen, für Stellen, die aktuell noch nicht besetzt sind, oder für aktuell noch in Ausbildung befindliche Nachwuchskräfte freigehalten; auf diese wartet diese Stelle. Alle 17.106 Stellen werden genutzt. Man kann aber die Stelle von jemandem, der in Mutterschutz oder Elternzeit ist, nicht mit jemand anderem besetzen und sagen: Wenn du wiederkommen möchtest, dann hast du Pech gehabt. – Ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich die Strategie wäre, die eine SPD befürworten würde. Deswegen nehmen Sie diese Zahlen hin. Wir haben alles besetzt, und wir werden natürlich auch in den nächsten Jahren in der Steuerverwaltung angespannt sein.

Die Grundsteuer wurde angesprochen. – Herr Dr. Kaltenhauser, ich danke für das Lob. Ja, wir haben in Bayern einen besonderen Service angeboten, und ich nehme wahr, dass insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit der analogen Erklärung sehr intensiv nutzen. Im Übrigen bekomme ich das auch bei der Einkommensteuererklärung immer wieder gespiegelt.

Wir haben als letztes Bundesland aufgehört, den Steuerpflichtigen die Einkommensteuererklärung in Papierform zu schicken. Ich bekomme bittere Briefe von vielen älteren Menschen, die mir schreiben, sie hätten das jetzt 40 Jahre lang in Papierform gemacht; nun schreibe ihnen der bayerische Finanzminister, sie sollten doch jetzt gefälligst digitalisieren, weil man ihm im Bayerischen Landtag sonst vorwerfe, er sei ein schlechter Digitalisierer.

Wir haben mittlerweile ELSTER-Quoten im Bereich von 80 % und mehr; es läuft also auch hier gut, aber ich habe auch Verständnis, wenn insbesondere ältere Leute ihre Erklärungen in Papierform abgeben wollen. Wir scannen das in Wunsiedel; ab dem Zeitpunkt der Scannung ist es digital.

Deswegen sind wir bei der Grundsteuer auf einem sehr guten Weg. Ich bin auch hier völlig entspannt. Über 80 % der Erklärungen wurden abgegeben; das ist nicht recht viel besser oder schlechter als in anderen Bundesländern. Bei Steuerverfahren ist es ganz normal, dass bis zum Ende der Frist gut 70 % bis 80 % der Erklärungen abgege-

ben werden. Dann geht das alles seinen Gang. Irgendwann gibt es die Ermahnung, die Erklärung abzugeben. Wer sie gar nicht abgeben will, wird geschätzt. – Dann bin ich einmal gespannt, ob all diejenigen, die behaupten, sie hätten alle Daten, mit der dann gemachten Schätzung zufrieden sind oder ob man sich anschließend wieder darüber beschwert, dass der Staat nun einfach irgendwelche Daten hernimmt und gar nicht fragt, wie die Realität wirklich ist. Es ist immer wieder dasselbe. Der Widerspruch ist offensichtlich das Wappentier dieser Zeit.

Meine Damen und Herren, wir haben auch bei den Staatsbeteiligungen in den letzten Jahren unglaublich viel geleistet, lieber Harald Güller. Ich bedanke mich auch bei all denjenigen, die in schwersten Krisenzeiten staatliche Beteiligungen geführt haben. Es wäre besser gewesen, gestern mit dem Verkehrsminister als heute mit mir über BayernHeim und die Bayerische Eisenbahngesellschaft zu sprechen – nicht, weil ich mich heraushalten will, sondern weil es das Kerngeschäft des Verkehrsministeriums ist und ich dafür keine Führungsfunktion als Minister habe.

Dort, wo das Finanzministerium Führungsfunktion hat – bei den Flughäfen, Messegesellschaften und der Landesbank –, mussten in den letzten drei Jahren richtig viele Krisen bewältigt werden. Es war nicht einfach, diese Krisen zu bewältigen; auch hier gibt es wieder Widerspruch, zum Beispiel beim Flughafen. Es konnte gar nicht oft genug gerufen werden, wie schlecht es sei, dass so viele Menschen fliegen würden; der Flughafen sei ganz furchtbar. Das höre ich ja insbesondere von einer Fraktion im Parlament immer wieder.

Als dann zum Beispiel in München 8.000 Menschen in Kurzarbeit waren, kam die Frage: Herr Füracker, was tust du jetzt mit den Menschen? Es könne ja nicht sein, sie bräuchten Arbeit. – Ein Flughafen wird auf die Dauer nur funktionieren, wenn geflogen wird, meine Damen und Herren. Diese Dinge in den letzten Jahren zu handeln, war eine große Anstrengung. Die Anstrengungen waren erfolgreich. Wir haben unsere staatlichen Beteiligungen ordentlich durch die Krisen gebracht, den Münchner Flughafen zum Beispiel sogar ohne staatlichen Zuschuss. Er hat sich selbst durch die Krise

"retten" können und ist wieder auf einem guten Weg, aber jetzt müssen wir eben auch akzeptieren, dass wieder geflogen wird, meine Damen und Herren. Ich bekomme schon wieder die ersten Vorwürfe, Flüge würden dazu führen, dass der Umwelt und den Menschen Schaden zugefügt wird. – Es ist, wie es ist.

Wir haben uns hier angestrengt und im Einzelplan 06 all die Dinge abgebildet. Ich danke dafür, dass heute ehrlicherweise festgestellt wurde, dass der Glasfaserausbau sehr gut vorangekommen ist. Nirgendwo in Deutschland ist der ländliche Raum mittlerweile mit schnellem Internet besser versorgt als in Bayern. Nirgendwo! Diese Zahlen werden nicht vom bayerischen Finanzminister, sondern vom Bundesverkehrsministerium erhoben.

Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der Ampel ist hier in jeder Hinsicht unverdächtig, was aus Berlin kommt. Lieber erklärt man im Bayerischen Landtag, was in Berlin alles richtig läuft. Wer glaubt, dass die Koalitionsbeschlüsse dieser Tage dazu führen, dass der Klimaschutz durch die GRÜNEN in Berlin jetzt wesentlich präsenter ist und besser als bisher manifestiert werden konnte, glaubt auch noch an Märchen, meine sehr geehrten Damen und Herren; das muss ich auch ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen danke ich auch meiner Verwaltung. Wenn ich "meine Verwaltung" sage, dann meine ich das nicht besitzergreifend, sondern im Sinne der Verantwortung für mein Ministerium, für alle nachgelagerten Behörden wie Finanzbehörden, Vermessungsämter und die dazugehörigen Landesämter. Hier wird richtig gute Arbeit geleistet.

Mit dem jetzt vorgestellten Haushalt können wir auch im Jahr 2023 eine Grundlage dafür schaffen, unseren Aufgaben sehr intensiv gerecht zu werden und noch viel mehr einen ordentlichen Beitrag dazu zu leisten, dass der Freistaat Bayern super funktioniert. Alles andere können wir heute zu späterer Stunde noch einmal diskutieren,

wenn es dann um das Haushaltsgesetz und den Einzelplan 13 geht. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Zustimmung, die ich mir in hoher Zahl erhoffe.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26617 mit 18/26630 und 18/27980 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27951.

Ich lasse nun über den Einzelplan 06 abstimmen. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/27951, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Busch und Sauter. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. – Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/27951, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26627 mit 18/26630 und 18/27980 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 18/26617
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
(Kap. 06 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26618
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Private (Pilotprojekt zur Förderung von Voucherlösungen für den Glasfaseranschluss)
(Kap. 06 03 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 18/26619
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausbildungsniveau für die Finanzverwaltung erhalten
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 18/26620
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 06 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26621

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 06 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26622
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
(Kap. 06 03 Tit. 681 81)
Drs. 18/26623
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
(Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
Drs. 18/26624
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau I
(Kap. 06 03 Tit. 883 72)
Drs. 18/26625
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Realistische Planung beim Breitbandausbau II – Arbeitsgruppe Breitband
(Kap. 06 03 neuer Titel)
Drs. 18/26626